

Rieser Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Rieser
Herausg. Nr. 52.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 110.

Dienstag, 13. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Von Genf aus.

So lange noch die Liquidation des Krieges im Vordergrund stand, hat man in der gesamten Welt den Störungen des Völkerbundes und des Völkerbundes die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Obwohl nun auch dieser Völkerbund außerordentlich wichtige Fragen zu betonen und zu entscheiden hat, hat man besonders in Deutschland bisher diese Verhandlungen, zu denen der Außenminister Dr. Curtius persönlich gefahren ist, fast völlig unbeachtet gelassen. Der Umstand indessen, daß auch von deutscher Seite ein ganzer Stab von Mitarbeitern den Außenminister begleitet, deutet am besten darauf hin, daß in politischen Kreisen mit Verhandlungen gerechnet wird, die auch für Deutschland Bedeutung besitzen. Gewiß sind es nicht die Gegenstände der Tagesordnung, die für uns ins Gewicht fallen, sondern mehr jene Verhandlungen hinter den Kulissen, die Stresemann so berühmt gemacht hat.

Bekanntlich ist jetzt die Internationale Zahlungsbank, die Reparationsbank, in Basel offiziell eröffnet. Mit ihrer Gründung ist, nachdem die Kapitulationsurkunden des Neuen Planes, oder verständlicher gesagt, des Young-Abkommens, ausgetauscht wurden, das letzte Moment der Bedingungen in Wirklichkeit, die die endgültige Klärung der Rheinlande zur Folge haben werden. Obwohl in der letzten Zeit über die Räumungsfrage diplomatische Verhandlungen geführt wurden, ist damit zu rechnen, daß der deutsche Außenminister die Gelegenheit benutzen wird, um in Genf mit Briand über seinen Vertreter die Frage der Räumung noch einmal zu erörtern und vielleicht noch obwaltende Mißverständnisse zu beseitigen. Dieser Fall im französischen Senat, der noch eine Erfüllung der Abrüstung von Seiten Deutschlands forderte, ist lange schon beigelegt. Einerseits, da Deutschland auf bestehende Abmachungen hinweisen konnte, andererseits, indem Deutschland noch berechnete Forderungen umgehend erfüllte. Diesmal wird Curtius nur eine uneingeschränkte Zulage entgegennehmen dürfen, daß die Räumung bis zum 30. Juli erfolgt sein wird.

Obwohl man diese Räumung als den letzten Akt der jahrelangen Bemühungen um den Ausgleich und den Frieden ansieht, ist noch eine Frage offen, die Stresemann eng mit der Reparationsfrage verbunden hatte: Die Rückgabe des Saargebietes. Unzweifelhaft liegen Dokumente vor, die den Nachweis erbringen können, daß mit der letzten Rheinlandräumung auch die Räumung des Saargebietes von französischer Verwaltung erfolgen sollte, die Rückgabe des Saarlandes an Deutschland und der Rückkauf der Saargruben. Durch die immer wieder vertagten Saarverhandlungen ist das erste Bild völlig verwischt worden. Man erinnere sich nur daran, daß das Zentrum z. B. seinerzeit sogar die Bedingung gestellt hatte, es könne den Youngplan nur dann zustimmen, wenn die Saarfrage bereinigt sei. Die Verhandlungen laufen immer noch, sie ziehen sich mühsam hin und sind, wie man hört, in den Hauptpunkten, keinen Schritt weiter gekommen. Hier wird Curtius Gelegenheit nehmen, einmal nach dem Neuesten zu sehen und mit Briand Vereinbarungen zu treffen, um entweder die Verhandlungen zu beschleunigen oder sie ganz einzustellen. In maßgebenden deutschen Kreisen, in der Regierung und bei den Parteien, hat man in letzter Zeit die Forderung gehört, daß es vielleicht besser sei, den Ablauf der Saarabstimmung abzuwarten. Er rückt ja immer näher und mit Ablauf der Friedensvertragsbestimmungen wäre eine ganz andere, für Deutschland fast und günstige Lage geschaffen, die keine Konzeptionen und lange Klärung fordert. Curtius kann also in seiner Besprechung darauf hinweisen, daß eine Beschleunigung der Saarverhandlungen nur im Interesse Frankreichs liegen kann.

Curtius über die Völkerbundarbeit.

Genf. Reichsaußenminister Dr. Curtius hat dem Journal de Genève eine Unterredung gewährt, in dem er sein besonderes Interesse an den Aufgaben des Völkerbundes unterstrich. In seiner früheren Eigenschaft als Wirtschaftsminister sei er bereits seit Jahren eng mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Völkerbundes verbunden gewesen. Die zahlreichen internationalen Konferenzen der letzten Jahre hätten die eigentliche Arbeit des Völkerbundes auf den zweiten Platz gerückt. Er freue sich, feststellen zu können, daß jetzt die maßgebenden Staatsmänner einen größeren Teil ihrer Kräfte den eigentlichen Aufgaben des Völkerbundes widmen könnten. Hierdurch würde auch das allgemeine Interesse an den Genfer Verhandlungen wachsen. Deutschland habe sich seit seinem Eintritt stets bemüht, die Idee des Völkerbundes zu vertiefen und die besondere Arbeit des Völkerbundes zu verbessern. Dr. Stresemann habe einen großen Teil seiner Kräfte dieser bedeutungsvollen Aufgabe gewidmet. Er selbst werde Dr. Stresemanns Werk in der gleichen Richtung fortsetzen. Je mehr auf praktischem Gebiete Erfolge erzielt werden könnten, um so mehr würde die Idee des Völkerbundes in diejenigen Kreise eindringen, die heute noch nicht für den Völkerbund gewonnen seien. Unerlässlich sei, daß die Abrüstungsfrage stärker als bisher weitergeführt werde. Bedauerlich sei es, daß die Tagung des Abrüstungsausschusses nicht vor dem November stattfinden könne. Der Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage sei oft genug dargelegt worden. Das deutsche Volk verzeihe einmütig diese Auffassung. Wenn seitwärtig die von Deutschland ergriffenen militärischen Maßnahmen als

Schieds Sturz fast unvermeidlich.

Nationalsozialisten bezeichnen ihn und sein Kabinett erneut als unmöglich.

Dresden, 12. Mai. Der nationalsozialistische „Sächsische Beobachter“ schreibt in einem Artikel unter der Überschrift „Das unzulässige Kabinett Schied“ u. a.:

„Herr Schied hat nun ein Kabinett zusammengestellt, das die Unterstützung folgender Parteien: Nationalsozialisten, Demokraten, Aufwärtler, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Deutschnationale Volkspartei. Den Nationalsozialisten glaubte er zumuten zu können, ihnen in einem Briefe Kenntnis von der vollengeordneten Bildung des Kabinetts zu geben und um das Vertrauen der Nationalsozialisten zu bitten. Die Herr Schied hat ein Vertrauen denkt, nachdem er die Grundlage einer möglichen Zusammenarbeit selbst zerstört hat, ist wohl außer ihm niemandem klar geworden.“

Das Blatt verurteilt die Übernahme des Kultusministeriums durch den Ministerpräsidenten, der das Finanzministerium hätte übernehmen sollen, und weist auf die unhaltbar gewordenen Zustände im Arbeitsministerium hin. Es fährt dann fort:

„Im Herrn Schied persönlich und dem Lande Sachsen zu eripieren, daß ein Ministerpräsident für einen Tag kam, hat der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialisten Herrn Schied am Tage nach seiner Wahl in einer langen Unterredung die Mindestforderungen seiner Partei mitgeteilt.“

Herr Dr. Schied war sich über den Ernst der Lage so klar, daß er versprach, mit den Parteien zu verhandeln. In einer interfraktionellen Sitzung am 8. Mai setzten sich die Parteien in Abwesenheit der nichtaufgeführten Nationalsozialisten über deren Forderungen hinweg und deuteten sich dem Diktat der Demokraten.

Unter diesen Umständen hätte es im Interesse des Landes gelegen, wenn Herr Dr. Schied auf die Ehre verzichtet hätte, einen Tag Ministerpräsident zu spielen, da er genau wissen mußte, daß die Nationalsozialisten nunmehr für Auflösung des Landtages stimmen würden. Es hat nichts mit Parteipolitik zu tun, wenn wir sagen, daß Herr Dr. Schied nach der Information durch Herrn v. Killinger aus politischen und staatsmännischen Erwägungen heraus die Wahl nicht annehmen durfte. Da er das doch tat, halten wir ihn für das Amt eines Ministerpräsidenten nicht für geeignet.

Nach dieser unumkehrlichen Drohung der Nationalsozialisten, von deren Gabe oder Günst nun einmal Leben und Sterben des Kabinetts Schied abhängt, dürften die Tage der unter so großen Mühen zustandekommenden Regierung gezählt sein. Der Auflösungsantrag wird, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge zweifellos die nötige Mehrheit finden.

Verkehrs-Etat und Eisenbahn-Tarife.

Genf, Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Montag der

Etat des Reichsverkehrsministeriums

behandelt. Die der Berichterstatter Abg. Dr. Cuno (Dn.) mitteilte, wird der Ausbau des Groß-Straßenverkehrs vom Rhein über den Main zur Donau noch bis 1930 dauern und 450 Millionen Mark kosten. Der Redner fragte nach der Höhe der Summen, die im Disprogramm für Verkehrsverbesserungen verwendet werden sollen und verlangte die Abschaffung der Beförderungsteuer.

Der Sozialdemokrat Schumann wandte sich gegen eine Tarifierhöhung der Reichsbahn, weil dadurch die Lasten des Unternehmens doch nicht behoben werden könne.

Abg. Erling (Dn.) hielt die Zahl der höheren Beamten im Reichsverkehrsministerium für zu hoch und wünschte, daß die Reichsbahn von der Konkurrenz der Lastkraftwagen befreit werde. Der Reichswasserbau sollte endlich den Ländern überlassen werden.

Reichsverkehrsminister von Guérard

versprach, dem Reichstag das Gutachten des Reichspar-Kommissars über die Luft-Danla vorzulegen. Eine Verbindung der Verkehrssteigerungen mit der Luft-Danla hielt er für ungewinnlich. Ueber den Reichswasserbau sind in den letzten Tagen neue Verhandlungen mit Preußen angeknüpft worden; der Minister hofft auf einen Ausgleich in dieser Frage. Der Redner betonte, daß nur ein Wasserstraßenbau angefordert werde, nämlich die auf einem internationalen Vertrag beruhende Regulierung des Oberrheins. Angelangene Bauten müssen namentlich in Schlesien weitergeführt werden. Im Disprogramme sind nach den Mitteilungen des Ministers Verkehrsverbesserungen vorgesehen. Dabei greifen die verschiedenen Möglichkeiten ineinander. Man müsse z. B. sorgfältig prüfen, ob Eisenbahn oder Kraftwagenverkehr vorzuziehen sei. Rechnerische Erwägungen könne man sogar bei vorhandenen Bahnlängen anstellen. Auf diese Weise könnten auch für die Reichsbahn Erparnisse zu erzielen sein. (Beif. Zustimmung.)

Zur Frage der Tarifierhöhung der Reichsbahn wies der Minister auf die inzwischen eingetretene Verteuerung von

Benzin und Benzol und auf die Möglichkeit eines Ausgleichs durch stärkere steuerliche Belastung der schweren Wagen und der Anhänger hin. Die Beförderungsteuer bedürfe dringend einer Neuregelung. Unerträglich sei es, daß aus dem Personenverkehr, der 772 Millionen Zuschuß erfordert, mehr als 151 Millionen Beförderungsteuer abgeführt werden müssen. Zur Erhöhung der Personentaxe nimmt die Reichsregierung eine abwartende Stellung ein. Es gehe nicht an, daß eine geringe Tarifierhöhung durch die Erhöhung der Beförderungsteuer auf ein unerträgliches Maß gesteigert werde. Tarifliche Hilfsmassnahmen für die Kraftwagenindustrie hat der Minister angedeutet. Im Luftverkehr wünscht er der freien Wirtschaft Bewegungsmöglichkeit zu sichern.

Der preussische Min.-Dir. Dr. Bredt empfahl, den Reichswasserbau am 1. Oktober auf die Länder übergeben zu lassen. In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Dr. Albus (Chr.-Nat.) die Tarifierhöhung für das höchste und roheste Mittel zur Sanierung. Der Demokrat Dr. Bielefeld fordert genaue Prüfung des Rubens und der Kosten bei Wasserstraßen-Projekten. Der Kommunist Grottel wandte sich gegen den Abbau von Eisenbahnvermögen. Abg. Kollath (D.-P.) lehnte höhere Beförderung des Kraftwagen-Verkehrs ab. Auch Abg. Dr. Hugo (Dn.) warnte die Reichsbahn vor einem Kampf gegen die anderen Verkehrsmittel, namentlich gegen Wasserstraßen und Auto. Abg. Dr. Köhler (Dn.) verlangte Berücksichtigung der Tarifwünsche des deutschen Südens.

Schließlich wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, der Fahrpreiserhöhungen für bedürftige Angehörige von Kriegsdienstleistungen zur Hilfe zu deren Grabstätten verlangt, und eine Entschädigung der Wirtschaftspartei auf Berücksichtigung des Handwerks bei Aufträgen. Nach einer angenommenen Entschließung des Zentrums soll für die Verkehrsfragen im Dis- und Disprogramm Minister v. Guérard federführend sein.

Auf Antrag der Wirtschaftspartei wurden die Reisesen für Beamte im Verkehrsministerium wesentlich gekürzt. Die weiteren Streichungsanträge der Wirtschaftspartei angenommen werden konnten, verlangte Abg. Morath (Dn.) Vertagung. Heute Dienstag wird der Verkehrs-Etat weiterberaten.

Rückkehr des Schulkreuzers „Emden“.

Wilhelmshaven. (Funkpruch.) Heute vormittag traf der Kreuzer „Emden“ von seiner dritten und vorläufig letzten Auslandsreise als Schulkreuzer wieder in Wilhelmshaven ein, wo eine kurze militärische Begehung stattfand. Der Kreuzer war am 13. Januar ausgelaufen, hat also eine viermonatige Fahrt hinter sich, die nach Westindien und den Vereinigten Staaten führte. Die Kadetten der „Emden“ werden am 24. Mai ihre Ausbildung bei einer Fahrt des neuen Schulkreuzers „Karlsruhe“ fortsetzen.

Begegnung Curtius-Briand.

Genf. Heute Dienstag trifft Curtius mit Briand zusammen, um eine Reihe der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen, darunter wohl in erster Linie die Rheinlandräumung und die Saarfrage, zu besprechen.

Heute Zeppelinfahrt nach der Schweiz.

X Friedrichshafen. Heute vormittag 7.56 Uhr startete der „Graf Zeppelin“ zu seiner Schweizer Fahrt. An Bord befinden sich etwa 40 Passagiere. Die Führung hat Dr. Götener. Die Rückkehr des Luftschiffes wird bis 16 Uhr erwartet.